

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich nachmittags zur folgenden Zeit.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Dauerstraße Nr. 8)

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Die Demokratie in Preußen.

Leipzig, 25. Nov. In die Einmüthigkeit, womit anfänglich die Wahlen in Preußen von allen liberalen Schattirungen, ja man kann wol sagen von der ganzen Nation mit Ausnahme der bekannten „kleinen Partei“ betrieben wurden, ist neuerdings ein Mißklang gekommen durch die von einem Theile der Constitutionellen oder sogenannten Verfassungstreuen gegen die sogenannte Volkspartei oder die Demokraten eingenommene abweisende Stellung. Das constitutionelle Wahlcomité in Breslau gab dazu das erste Signal, indem es die Wahl des von den demokratischen Wahlmännern zugleich mit den Herren v. Auerwald und Milde aufgestellten Hrn. Robbertus verhorrescirt; neuerdings hat das Preussische Wochenblatt dieser Erklärung der Breslauer Constitutionellen seine Bekräftigung und dadurch zugleich insofern eine höhere Bedeutung gegeben, als man in letzterer Erklärung die Ansichten des neuen Ministeriums, oder mindestens eines Theils desselben, zu vernehmen glaubt.

Wenn man sich gegen die Wahl solcher erklärt, welche in den Zeiten der Bewegung antimonarchische Gesinnungen kund gegeben haben, selbst wenn sie jetzt ihr damaliges Glaubensbekenntniß widerrufen, so finden wir dies begreiflich und, sobald man in die Aufrichtigkeit eines derartigen Widerrufs Mißtrauen zu setzen Grund zu haben glaubt, vollkommen gerechtfertigt. Weniger durchschlagend scheint uns das Bedenken, welches das Breslauer Comité gegen die Candidatur des Hrn. Robbertus aus dem Umstande herleitet, daß derselbe in der Nationalversammlung von 1849 für einen Antrag (den sogenannten Stein'schen) gestimmt, der allerdings auch nach unserer Ansicht mit einer gesunden Staatsordnung, ja mit den wahren Principien der Freiheit selbst nicht wohl verträglich war. Aber das geschah in einer so aufgeregten Zeit und unter so außerordentlichen Umständen, wo leider gar manche Besonnenheit Schiffbruch litt, und mit Grund haben die Freunde des Hrn. Robbertus jenem Vorwurf entgegengehalten, daß damals auch Männer von anerkannt conservativer Gesinnung für den gleichen Antrag gestimmt, ja daß das Ministerium Pful im wesentlichen denselben zur Ausführung gebracht habe. Der Standpunkt, von welchem aus das Preussische Wochenblatt die Ausschließung der Demokratie von der principiellen Landesvertretung befürwortet, ist ein allgemeiner. Es spricht der Demokratie als Partei „Ehrlichkeit und Offenheit“ ab, weil sie sich nicht darüber erkläre, warum sie „die Verfassung, die sie gestern für rechtswidrig erklärt, heute für rechtmäßig halte“. Ehe nicht diese Erklärung abgegeben und die Aufrichtigkeit der Partei Jahre hindurch durch die That bewiesen sei, eher gebe es für die Demokratie auf dem Boden der Verfassung keine Stelle. Freilich kann gegen die letzte dieser beiden Forderungen eingewendet werden und wird eingewendet: daß es für die Demokratie eben keine Möglichkeit gebe, ihre aufrichtige Anhänglichkeit an die Verfassung durch die That zu bewähren, solange man sie grundsätzlich von aller parlamentarischen Wirksamkeit ausschliesse. Was aber die vermißte Erklärung über ihre veränderte Stellung zu der Verfassung von 1850 betrifft, so hat die demokratische Partei unserm Wissens schon damals, als sie zuerst wieder sich an den Wahlen zu betheiligen anfing (1855), eine solche dahin abgegeben, daß sie zwar, ihren Principien nach, der Verfassung von 1848, resp. 1850, als nicht im streng verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommen, ihre Anerkennung eigentlich versagen müsse, daß sie jedoch, auf den Boden der That sachen sich stellend, diesen Mangel in dem Ursprunge der Verfassung als durch die theils stillschweigende, theils (vermöge der Vollziehung der Wahlen) ausdrücklich betätigte Zustimmung der großen Mehrheit der Nation geheilt betrachte und sich daher ebenfalls nicht länger der Anerkennung derselben entziehen wolle. Also wenigstens derjenige Theil der Demokratie, welcher schon vor drei Jahren, nicht erst unter dem Eindrucke der neuesten Ereignisse, den passiven Widerstand gegen die im November 1848 geschaffene Ordnung der Dinge aufgab, kann mit einigem Fuge sich darauf berufen (was auch die National-Zeitung thut), daß er seinen aufrichtigen Willen, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, schon „Jahre hindurch“ durch die That bekundet habe. Mit größerm Rechte könnte man, scheint es, jene Partei von dem Boden der Verfassung von 1850 verweisen, welche in wiederholten öffentlichen Kundgebungen und noch neulichst in dem halle'schen Programm von Leo und Genossen ausdrücklich erklärt hat, daß sie als die Grundlage ihrer politischen Ueberzeugungen und Handlungen nicht die Verfassung von 1850, sondern eine sogenannte „ungeschriebene Verfassung“ ansehe, d. h. ein selbstgemachtes feudales Staatsideal, von welcher jene nur ein (untergeordneter) Theil sei.

Im allgemeinen halten wir es aber nicht für wohlgethan, eine Partei als solche gleichsam zu proscribiren, sie in Vausch und Bogen von jeder berechtigten Antheilnahme an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen. Denn das heißt eine solche Partei mit Gewalt zu einer systematischen Opposition gegen den ganzen bestehenden Rechtszustand drängen und jede Ausgleichung, jede Versöhnung derselben mit den andern Par-

teien unmöglich machen. Irrren wir nicht, so ward vor drei Jahren die Wiederbetheiligung der Demokraten an den Wahlen von den constitutionellen Organen gerade aus dem Grunde als ein Fortschritt begrüßt, weil damit diese Partei von dem Boden unfruchtbaren Grolles und abstracter Principienreiterei auf den der praktischen Politik hinübertrete, wo sie, bei der Beschäftigung mit den gegebenen Verhältnissen, auch ihre extremen Ansichten modificiren werde. Und jetzt will man dieselbe Demokratie von neuem zur Verzichtleistung auf ein solches praktisch-politisches Wirken zwingen, also sie in die alte Stellung, die man ihr früher zum Vorwurf machte, zurückstoßen? Denn unmöglich kann man ihr doch auf die Länge die Selbstverleugnung zutrauen oder auch nur zumuthen, daß sie zwar mitwählt, aber nur für die Constitutionellen, während diese ihre, der Demokraten, Candidaten ein für allemal zurückweisen. Diesmal allerdings haben die bedeutendsten Wortführer der Demokratie, wie Unruh, Schulze-Delitzsch, Robbertus, freiwillig ihren Candidaturen entsagt, um keinen Zwiespalt in der liberalen Partei hervorzubringen, aber diese seltene Entfagung dürfte schwerlich immer und überall Nachahmung finden. Und was hätte es verschlagen, wenn jene Männer in die Kammer eingetreten wären, an welchen die schweren Erfahrungen der letzten zehn Jahre sicherlich nicht ohne manchen umbildenden Einfluß vorübergegangen sind, welche, wie aus ihren Schriften und Thaten zu ersehen, ihre politischen Ansichten in mancher Beziehung abgeklärt und modificirt, und welche daneben auf andern wichtigen Lebensgebieten schätzbare Beobachtungen und Kenntnisse eingesammelt, ja zum Theil, wie namentlich Hr. Schulze, durch ein anerkannt gemeinnütziges Wirken im besten conservativsten Sinne unbestrittene, unvergängliche Verdienste um Staat und Gesellschaft erworben haben?

So sehr wir es für die unveräußerliche Pflicht der constitutionellen Partei halten, überfliegenden demokratischen Ansichten, wo immer sie wieder auftauchen sollten, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, so wenig können wir uns überzeugen, daß es nothwendig oder auch nur zweckmäßig sei, die ganze Partei als solche, wenn sie Beweise einer veränderten Gesinnung gibt, oder gar einzelne, vielleicht sehr achtbare und verdiente Persönlichkeiten ein für allemal zurückzustößen, weil dieselben früher, unter ganz andern Verhältnissen, Ideen bekannt haben, denen sie aber jetzt, in Anbetracht der veränderten Zeitlage, oder nach gewonnener besserer Ueberzeugung und gereifter Erfahrung, entweder als unausführbar oder auch als wirklich unangemessen den bestehenden preussischen Zuständen, entsagt zu haben versichern.

Daß eine demokratische Partei, im zwar von nicht geringer numerischer Stärke, im preussischen Volke vorhanden ist, hat der Ausfall der Wahlmännerwahlen in vielen Bezirken erwiesen. Ebenso ist gewiß, daß ein Theil dieser Partei heutzutage einen politischen Standpunkt einnimmt, welcher eine Ausgleichung mit den Constitutionellen, ohne daß diese ihren Grundfäden etwas vergeben müßten, wohl möglich machen würde. Ist es nun wol gut, diesen gemäßigten Theil der Demokratie, der sich, allen Anzeichen nach, der großen liberalen Mittelpartei gern annähern und mit ihr und mit der gegenwärtigen Regierung gehen möchte, durch schroffe Zurückweisung auf jenen extremen Standpunkt zurückzudrängen, welchen sie selbst aufzugeben willens und im Begriff war? Wir können es nicht glauben.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 25. Nov. In der heutigen Bundestags-Sitzung wurde, nach einigen Verhandlungen von geringerm Interesse, außerdem Vernehmen nach wirklich von dem hannoverschen Gesandten namens seiner Regierung der Vorschlag eingebracht: die von Dänemark vor einigen Jahren geschleiften Festungswerke Rendsburgs wiederherzustellen und Rendsburg als deutsche Bundesfestung zu etabliren. Der Antrag wurde, wie es heißt, der betreffenden Militärcommission zur Begutachtung übergeben. — Als Beweisstück für die endliche Beilegung der rastabter Besatzungsfrage kann ich das interessante Factum berichten, daß demnächst ein preussisches Infanterieregiment auf dem Marsche nach Rastadt unsere Stadt passieren wird, um einen Theil der dortigen Besatzung zu bilden. Das Regiment wird, um die Betretung des kurhessischen Gebietes soviel wie möglich zu vermeiden, auf der Werra- und einem Theil der Bairischen Eisenbahn befördert werden.

Preußen. * Berlin, 25. Nov. Im vollsten Gegensatz zu den Besorgnissen, welche von mancher Seite in Bezug auf die Wendung der Dinge in Preußen verbreitet werden, stehen die Erklärungen, welche seitens der Großmächte und anderer Mächte hier eingegangen sein sollen. Die Besonnenheit und Festigkeit, welche jedem vom gegenwärtigen Ministerium in der innern wie in der auswärtigen Politik zu erstrebenden Ziele das eigentliche Gepräge aufdrücken, ließen auch keine andern Aeußerungen der europäischen Mächte erwarten. Die Gesehlichkeit, welche bei der großen Wahlbewegung in Preußen vorgewaltet hat, kann Europa nur die Bürgschaft leihen, daß gerade im preussischen Volke gegenwärtig eine der Haupt-